

**Europabüro der Bayerischen Kommunen  
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen  
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

***Brüssel Aktuell 27/2010***

(16. - 23.07.2010)

**Aus dem Parlament**

**1. Initiativbericht zu einer nachhaltigen Zukunft für den Verkehr**

*Am 6. Juli verabschiedete das Plenum des EU-Parlaments mit 559 Ja- zu 34 Nein-Stimmen und 82 Enthaltungen einen Initiativbericht zu einer nachhaltigen Zukunft für den Verkehr. In dem Bericht wird v. a. die wichtige Rolle des Verkehrs für den Binnenmarkt sowie die Sicherheit als eines der vorrangigen Ziele herausgestellt. Ferner enthält er verschiedene Ziele, die bis zum Jahr 2020 erreicht werden sollen...*

**2. REGI-Ausschuss: Positionspapier zur Zukunft der Kohäsionspolitik an Barroso versandt**

*In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause genehmigte der Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments (REGI-Ausschuss) am 13. Juli das von einer informellen Arbeitsgruppe des Ausschusses erarbeitete Positionspapier zur Zukunft der EU-Kohäsionspolitik. Es handelt sich dabei um ein unter den Fraktionen abgestimmtes Dokument, welches die Standpunkte des REGI-Ausschusses widerspiegelt, ohne jedoch in der jetzigen Phase der Debatte schon ins Detail eintreten zu wollen. Wie in der Sitzung angekündigt wurde es mit Schreiben vom 15. Juli an Kommissionspräsident Barroso versandt. Überdies erhalten der Präsident des Europäischen Rates, der des Rates und der des Europäischen Parlaments das an den Kommissionspräsidenten gerichtete Schreiben nebst seiner Anlage zur Kenntnis...*

---

**Aus der Kommission**

**1. Straßenverkehrssicherheit: Leitlinien für die nächsten zehn Jahre vorgestellt**

*Die Europäische Kommission veröffentlichte am 20. Juli eine Mitteilung zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 35/2009). Mit dieser möchte sie für die Politik im Bereich der Straßenverkehrssicherheit bis 2020 einen allgemeinen Regelungsrahmen sowie ambitionierte Ziele vorgeben, nach denen sich die nationalen oder lokalen Strategien richten sollen. Durch die aufgeführten Maßnahmen soll die Gesamtzahl der Unfalltoten im Straßenverkehr in der Europäischen Union bis 2020 halbiert werden...*

**2. Konsultation zu Pensions- und Rentensystemen gestartet**

*Am 7. Juli veröffentlichte die EU-Kommission das Grünbuch mit dem Titel „Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme“, welches die Grundlage für eine nunmehr angelaufene Konsultation bildet. Viele Mitgliedstaaten reformieren derzeit ihre Pensions- und Rentensysteme, die aufgrund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung unter Druck geraten sind. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat diese Probleme noch verstärkt. Vor diesem Hintergrund verfolgt die Kommission mit dem Grünbuch das Ziel, eine offene Debatte über die Frage zu eröffnen, wie angemessene, nachhaltige und sichere Pensionen und Renten gewährleistet werden können und wie die EU die nationalen Bemühungen am besten unterstützen könne. Jedermann kann sich bis zum 15. November 2010 an der Konsultation beteiligen...*

---

## **Aus dem Gerichtshof**

### **1. Schwellenwertüberschreitung bejaht - Kommunale Entgeltumwandlung EU-vergabepflichtig**

*In seinem Urteil vom 15. Juli bzgl. des Abschlusses kommunaler Rahmenvereinbarungen über betriebliche Altersvorsorge in Form der sog. Entgeltumwandlung (C-271/08) gibt der Europäische Gerichtshof in Teilen der Klage der EU-Kommission statt und bestätigt in bestimmten Fällen einen Verstoß gegen das EU-Vergaberecht. Entgegen der Empfehlung von Generalanwältin Verica Trstenjak (SLO) in ihren Schlussanträgen (vgl. Brüssel Aktuell 17/2010), die Klage insgesamt als unbegründet abzuweisen, sehen die Luxemburger Richter den Kommissionsnachweis hinsichtlich der Schwellenwertüberschreitung – zumindest dem Grunde nach – als erbracht an. Damit hat sich auch die letzte kommunale Hoffnung in Luft aufgelöst, da die tarifvertraglich determinierte Rahmenvereinbarungen selbst bereits von Trstenjak nicht grundsätzlich dem Geltungsbereich der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit und mithin den sie durchführenden Vergaberichtlinien entzogen wurde, was nunmehr der EuGH bekräftigt. Folglich stellt das Urteil v. a. größere Kommunen mit einer Beschäftigtenzahl oberhalb bestimmter Grenzwerte vor die Herausforderung, bzgl. ihrer künftigen Vergabepaxis in diesem nunmehr vergaberechtsrelevanten Bereich umzudenken...*

### **2. Beschränkung von Glücksspielen aus sittlichen, kulturellen oder religiösen Gründen**

*In seinem Urteil vom 8. Juli kam der Europäische Gerichtshof in der verbundenen Rechtssache C-447/08 und C-448/08 zu dem Ergebnis, dass auch kulturelle, sittliche oder religiöse Gründe eine Begrenzung von Glücksspielen rechtfertigen können. Voraussetzung ist lediglich, dass die Beschränkungen verhältnismäßig und nicht diskriminierend sind...*

---

## **Aus dem Amtsblatt der Europäischen Union**

---

### **EU-Depeschen**

- Plenum verabschiedet Grünbuch-Bericht über die Bewirtschaftung von Bioabfällen
- Online-Konsultation zur Überprüfung der UVP-Richtlinie
- Neue Broschüre beleuchtet integrierten Ansatz der Regionalpolitik
- „Erasmus für junge Unternehmer“ soll zum vollwertigen EU-Aktionsprogramm werden
- Neues E-Justiz-Portal der EU gestartet

---

### **In eigener Sache**